

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Krista Sager, Sylvia Kotting-Uhl, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Technikfolgenabschätzung im Bundestag und der Gesellschaft stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 20 Jahren verfügt der Deutsche Bundestag über ein wissenschaftliches Beratungsbüro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB). Damit erhält der Deutsche Bundestag für seine politische Entscheidungsfindung wertvolle, qualitative, hochwertige und interessensunabhängige Beratungsgrundlagen. Nur wenige Parlamente der Welt verfügen über ähnliche Einrichtungen.

17 Jahre lang wurde politisch um eine Institution für Technikfolgenabschätzung gerungen; 1990 wurde schließlich das TAB nach dem Vorbild des „Office of Technology Assessment“ in Washington eingerichtet – wobei es dieses bereits 15 Jahre erfolgreich überlebt. Mit einem Etat von rund 2 Mio. Euro arbeitet es ausschließlich für den Bundestag. Als wissenschaftliche Einrichtung liefert das TAB aufbereitete Information, die im Gegensatz zu Material von Verbänden, Lobbyisten oder der Wirtschaft nicht Interessen geleitet ist. Durch seine Expertise und Beratung werden die Abgeordneten gerade auf Gebieten, die komplexe und vor allem neuartige technologische und sozioökonomische Sachverhalte betreffen, in ihrer Meinungsbildung unterstützt.

Zentrale Aufgabe der Technikfolgenabschätzung (TA) ist es, die Potenziale von neuen Technologien zu skizzieren und gleichzeitig deren gesellschaftliche und ökologische Auswirkungen abzuschätzen. Die Dimensionen sind dabei neben der technischen Machbarkeit und neben dem Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft auch gesellschaftliche Aspekte wie soziale Akzeptanz, Verbraucher- oder Datenschutz, gesundheitliche Auswirkungen sowie gender- oder friedenspolitische Fragen.

In den 90er-Jahren lag der Fokus der TA noch stark auf den technologischen Aspekten von Innovationen: Themen wie Biotechnologie, Laser- und Mikrosystemtechnik oder Informations- und Kommunikations-Technologien standen auf dem Prüfstand. Dabei richtete das TAB immer wieder ein besonderes Augenmerk auf den Datenschutz. Zunehmend hat sich der Blickwinkel geweitet: Heute sind vermehrt sozialwissenschaftliche und ökologische Aspekte wie E-Learning, Internet in Entwicklungsländern und behinderungskompensierende Technologien Thema in der Technikfolgenabschätzung.

Im Rückblick wurde eine Vielzahl von Entscheidungen des Bundestages durch die Technikfolgenabschätzung beeinflusst. Einige sind dabei hervorzuheben:

- In den sehr komplexen und emotional aufgeladenen Debatten um die Bioethik hat das TAB mit seinen Berichten wichtige Hilfestellungen für eine differenzierte Meinungsbildung gegeben. Schon 2000 wies es darauf hin, dass in der Pränataldiagnostik Rechtslücken bestünden. Damit gab es den Anstoß und lieferte viele Grundlagen für die intensive Diskussion um das Gendiagnostikgesetz.
- Wiederholt ist das TAB erfolgreich seiner Aufgabe nachgekommen, Potenziale neuer Technologien aufzuzeigen. Beispielsweise wurden die Möglichkeiten der Geothermie umfassend untersucht. In der Folge wurde der Technologie deutlich mehr Beachtung in der Gesellschaft geschenkt.
- Illustertes Beispiel dafür, wie eine Untersuchung des TAB entscheidend dazu beigetragen hat, unsinnige Entwicklungen zu verhindern, ist das Raumschiff „Sänger II“. Die im TAB-Bericht aufgezeigten Handlungsoptionen warfen grundlegende Fragen nach der Wirtschaftlichkeit der Entwicklung eines neuen Raumgleiters auf. Dadurch hat das TAB dazu beigetragen, dass in erheblichem Maße unnötige öffentliche Forschungsausgaben vermieden wurden.

Das TAB ist eingebunden in das Europäische Netzwerk der parlamentarischen Einrichtungen für Technikfolgenabschätzung, dem European Parliamentary Technology Assessment (EPTA) – wobei die EPTA-Präsidentschaft 2011 in deutscher Hand liegt. Diese internationale Zusammenarbeit war bislang vorwiegend darauf fokussiert, Konzepte und Methoden der Technikfolgenabschätzung zu diskutieren. Zunehmend zeigt sich aber, dass die Fragestellungen selbst einer intensiven internationalen Betrachtungsweise bedürfen. So wurde bereits 2003 ein vom Deutschen Bundestag beauftragter TAB-Bericht zu Nanotechnologie ausgeweitet und länderübergreifend bearbeitet. Resultat war ein deutlich differenzierterer, umfassender Bericht. Nicht zuletzt aufgrund dieses Prozesses hat die EU-Kommission die Technikfolgenabschätzung im Bereich der Nanotechnologie innerhalb der EU-Kommission institutionalisiert.

Technologiemärkte und damit verbunden auch die Technikfolgenabschätzung sind grundsätzlich global ausgerichtet. Da gerade in Europa die Tragweite von Entscheidungen aber immer weiter reicht, sind zunehmend auch die verschiedenen nationalen Perspektiven der einzelnen europäischen Länder einzubeziehen. Damit verbunden ist ein Mehraufwand bei der Erstellung der Berichte durch Abstimmung mit den internationalen Partnern.

Die Arbeit des Parlaments deckt eine immer größere Bandbreite an Themenfeldern ab. Bedarf an umfänglicher Technikfolgenabschätzung wird dabei aus fast allen Gebieten der Fachpolitik angemeldet. TAB und Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) haben die Notwendigkeit von verschiedenartiger Information erkannt und das Portfolio an Berichtsformen diversifiziert. So liefern die Forschungsstellen neben klassischen TAB-Berichten auch Beratung in anderen Formen, die sich als sehr hilfreich erwiesen haben: Innovationsreports bei hoher Dynamik oder Brisanz eines Themas, Politik-Benchmarking-Studien für internationale Vergleiche und Zukunftsreports für Ausblicke und Trendanalysen. In vielen Politikbereichen wären entsprechende Informationen für die Abgeordneten von großem Nutzen. Aus Kapazitätsmangel kann das TAB die vielen Berichtswünsche aus dem Parlament aber nicht alle bearbeiten, so mussten alleine seit Beginn dieser Legislaturperiode etwa zwei Drittel abgewiesen werden.

Die Einrichtung des Büros für Technikfolgen-Abschätzung hat sich auch unter haushalterischen Gesichtspunkten als lohnend erwiesen. Über die Jahre hinweg konnten durch die Beratung des TAB – neben den Ausgaben für den Raumgleiter – wahrscheinlich viele Milliarden Euro eingespart werden. Damit hat sich das TAB als erfolgreiche und wichtige Institution zur Vermeidung von Mittel-

verschwendung etabliert. Es kann spekuliert werden, ob je ein Kernkraftwerk gebaut, und damit teurer Atommüll produziert und die Risiken der Atomkraft eingegangen worden wären, wenn die Technikfolgenabschätzung bereits in den 50er-Jahren etabliert gewesen wäre.

Trotz der außerordentlich positiven Wirkung, zeigen sich im Gesamtbild der Technikfolgenabschätzung einige Verbesserungsmöglichkeiten:

Aufgabe des TAB ist es, möglichst neutral die Vielfalt der Meinungen und Einschätzungen zu den Untersuchungsgegenständen abzubilden. Aufgrund der sehr beschränkten Mittel ist das TAB allerdings dazu gezwungen, vorwiegend den kostengünstig zugänglichen wissenschaftlichen Mainstream zu referieren. Vorsichtige Einwände aus der Risikoforschung oder vielversprechende technologische Entwicklungen, die sich erst ankündigen, laufen dabei Gefahr, nicht immer wahrgenommen zu werden. So wird im TAB-Bericht über CO₂-armen Verkehr aus dem Jahr 2006 die Elektromobilität mit Batterien als weitgehend bedeutungslose Nischenanwendung dargestellt, obwohl schon damals die Entwicklungsarbeiten zu Elektroantrieben in Fernost ebenso wie in Deutschland intensiviert wurden. Das TAB sollte in Zukunft also finanziell in die Lage versetzt werden, auch weniger gängige Quellen zu erschließen und jenseits der Hauptforschungsrichtungen erzielte Erkenntnisse einzubeziehen.

Nicht immer werden die Erkenntnisse aus den TAB-Berichten konsequent in politisches Handeln umgesetzt. Auch wenn die wissenschaftliche Analyse bestimmte Handlungsoptionen nahelegt, können diese sich nicht immer durchsetzen.

So hat das TAB in Sachen Kernfusion im Jahre 2002 – im Vorfeld der Entscheidung zum internationalen Fusionsexperiment ITER – wichtige Fragen aufgeworfen, die damals von entscheidenden Akteuren weitgehend ignoriert wurden. Kostenexplosionen und jahrzehntelange zeitliche Verzögerungen der Kernfusionsforschung belasten nun die öffentlichen Haushalte, ohne dass in absehbarer Zeit ein energiepolitischer Nutzen absehbar wäre.

Auch wurde wiederholt in TAB-Berichten darauf hingewiesen, dass der Nutzen transgenen Saatguts in Entwicklungs- und Schwellenländern begrenzt ist. Bisher gibt es weltweit keine wissenschaftlich solide Studie, mit der nachgewiesen wird, dass der Ertrag durch Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen langfristig steigt – erst recht nicht, wenn man Anbaubedingungen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt. Trotzdem werden Haushaltsmittel für die Forschung zu globalen Problemen wie Welternährung oder Klimawandel im Agrarbereich für die Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen verschwendet, anstatt sie in die Entwicklung nachhaltiger und an kleinbäuerliche Strukturen angepasste Methoden zu investieren.

Technikfolgenabschätzung sollte nicht nur im parlamentarischen Raum gestärkt werden, sondern vielmehr auch auf Regierungsebene in Bund und Ländern ebenso wie in Forschungseinrichtungen und Universitäten fest etablierter Bestandteil von Politikberatung und Forschung sein. Nach wie vor ist vor diesem Hintergrund beklagenswert, dass die Landesregierung Baden-Württemberg die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart geschlossen hat. Nur eine umfassende Technikfolgenabschätzung kann gewährleisten, dass bei neuen Technologien wie der Gentechnik oder der Nanotechnologie trotz hoher Geschwindigkeit des Entwicklungsprozesses ggf. Zeit für Korrekturen bleibt und jederzeit das Vorsorgeprinzip angewandt wird.

Weiteres Problem ist, dass für die Risikoforschung im Bundeshaushalt vorgesehene Mittel für Werbe- oder Kommunikationskampagnen fehlallokiert werden. So wurden speziell für die Risikoforschung bei gentechnisch veränderten Pflanzen Fördermittel reserviert. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch, dass diese Gelder nicht zur Erforschung der Risiken für Mensch und Umwelt durch den

Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zum Einsatz kommen, sondern für die Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen und für Kommunikationsplattformen zweckentfremdet werden. Ein solcher Missbrauch öffentlicher Gelder für die Risikoforschung muss zukünftig ausgeschlossen werden.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. die Gelder des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag im Haushalt 2011 angemessen aufzustocken, um die Arbeitsfähigkeit des TAB vollumfänglich zu erhalten;
2. mittelfristig die Ausgaben für das TAB kontinuierlich zu erhöhen, um den steigenden Anforderungen an eine Erkenntnis gestützte Entscheidungsfindung in komplexen Sachlagen Rechnung zu tragen;
3. die Technikfolgenabschätzung inklusive der unabhängigen Begleitforschung als festen Bestandteil der Forschung auszubauen und in den Forschungsprogrammen angemessen finanziell auszustatten. In besonders kritischen Bereichen der Projekt- und Ressortforschung sollten grundsätzlich 5 Prozent für TA bereitgestellt werden;
4. die Bundesregierung aufzufordern, eine Strategie zu entwickeln, wie die Technikfolgenabschätzung im gesamten nationalen Forschungs- und Wirtschaftsbereich gestärkt werden kann. Insbesondere sollen dahingehende Defizite in Forschungseinrichtungen und Universitäten abgebaut werden, so dass die Abschätzung von Technikfolgen zum selbstverständlichen Bestandteil in der Forschung wird;
5. die Bundesregierung aufzufordern, im internationalen Raum sich für eine Stärkung der TA einzusetzen. Dies gilt vor allem auf EU-Ebene für das 8. Forschungsrahmenprogramm und die Europäische Atomgemeinschaft, wie auch im internationalen politischen Geschehen. Auch sollte z. B. innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ebenso wie bei den Vereinten Nationen die TA institutionalisiert werden.

Berlin, den 28. September 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Zu den Nummern 1 und 2

Die Mittelausstattung des TAB ist mit jährlich 2,04 Mio. Euro seit 15 Jahren unverändert und wegen der Inflation faktisch rückläufig. Neben dem vom Forschungszentrum Karlsruhe betriebenen TAB selbst werden aus diesen Mitteln Studien bei ISI sowie weiteren Sachverständigen und Instituten finanziert. Ergebnis sind etwa sieben umfassende Veröffentlichungen pro Jahr. Vom ersten Vorschlag durch den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung bis zum fertigen Bericht vergehen dabei etwa zweieinhalb Jahre. Einbußen weder hinsichtlich Qualität und Quantität noch hinsichtlich Bearbeitungsdauer sind nicht wünschenswert, aber durch die faktische Mittelkürzung mittelfristig unausweichlich. Eine Etatanpassung ist daher dringend geboten.

Der Aufwand ist immens, die Ergebnisse wichtig – dennoch finden die Erkenntnisse der TAB-Berichte nur unzureichend Eingang in die öffentliche Diskussion. Seit Jahren bemüht sich der Berichterstatterkreis im Deutschen Bundestag

zusammen mit dem TAB, die Ergebnisse verständlich aufzubereiten und mit Veranstaltungen und Publikationen in die Öffentlichkeit zu tragen. Dennoch werden die Erkenntnisse der Studien nur teilweise wahrgenommen. Eine Aufstockung des Budgets würde es ermöglichen, ggf. durch zusätzliche professionelle Öffentlichkeitsarbeit, der Aufbereitung der Information und deren Verbreitung deutlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Zu Nummer 3

Die TA muss Bestandteil jeglicher Forschungs- und Wirtschaftspolitik werden. Dies kann niemals durch das TAB alleine geleistet werden. In vielen Forschungsprogrammen der Bundesregierung, in Forschungsinstituten und Universitäten findet TA bereits umfangreich statt. Es gibt aber auch große Defizite, wie beispielsweise in der Atomforschung, Gentechnik oder bei Nanopartikeln in manchen Konsumgütern, wo Institute und Firmen sich meist mit den wirtschaftlichen Chancen, nicht aber mit den gesellschaftlichen Risiken und ökologischen Auswirkungen auseinandersetzen. Diese Defizite gilt es abzubauen.

Zu den Nummern 4 und 5

Forschung und wirtschaftliches Handeln sind weitgehend globalisiert. Produkte drängen auf alle internationalen Märkte. Es ist daher erforderlich, TA international zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so können Verbraucher und die Umwelt vor technologischen Fehlentwicklungen und deren Folgen geschützt und Technologien mit hohem positivem gesellschaftlichem Gesamtwert zum Durchbruch verholfen werden.

